

POLITISCHER KOMMENTAR DER IP SCHWEIZ

zu der eidg. Abstimmungsvorlage vom 21. Mai 2017

«Fortschritt besteht nicht in der Verbesserung dessen, was war, sondern in der Ausrichtung auf das, was sein wird.»

Khalil Gibran

Energiegesetz (EnG)

Was das Energiegesetz beinhaltet: Um der Schweiz weiterhin eine sichere Versorgung mit Energie zu gewährleisten, hat der Bundesrat die Energiestrategie 2050 beschlossen. Das Parlament hat dazu ein Energiegesetz verabschiedet. Es enthält Massnahmen, um den Energieverbrauch zu senken, die Energieeffizienz zu erhöhen und erneuerbare Energien wie Wasser, Sonne, Wind, Geothermie und Biomasse zu fördern. Der Bau neuer Atomkraftwerke wird verboten.

Das integrale Zukunftsbild: In einer integralen Gesellschaft werden die Bedarfsgüter mithilfe einer Kreislaufwirtschaft hergestellt, die keine Abfälle und deshalb auch keine Verschmutzung erzeugt. Der sorgfältige und effiziente Konsum sorgt für einen minimalen Energieverbrauch. Die Energieproduktion ist autark, erneuerbar und lokal.

Abstimmungsempfehlung: JA

Unsere Überlegungen dazu:

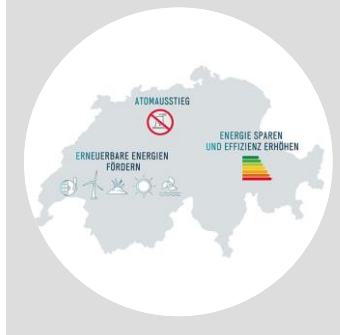
Dieses Energiegesetz geht mit grossen Schritten in die Richtung des integralen Zukunftsbildes:

1. der Ausstieg aus der Atomenergie wird gesetzlich festgeschrieben,
2. das Gesetz enthält Bestimmungen für einen effizienteren und reduzierteren Energieverbrauch
3. das Gesetz fördert mit verschiedenen Massnahmen die Umstellung der Versorgung unseres Bedarfs mit erneuerbarer Energie.

Mit einem JA zu dieser Vorlage bedanken wir uns beim schweizerischen Parlament für dieses zukunftsgerichtete Gesetz.

Themen 2/17

– Energiegesetz (EnG)



Erklärung zum Vorgehen und zum Ziel des Politischen Kommentars

Der politische Kommentar der IP Schweiz ist das Ergebnis eines Prozesses zur Findung einer integralen Position zu eidgenössischen Abstimmungsvorlagen. Dabei wird ermittelt, ob eine Vorlage einen Schritt in die Richtung einer Vision einer integralen Gesellschaft bedeutet, und damit einen Beitrag leistet zur Transformation der Gesellschaft oder ob das Anliegen translativ, das heisst nur eine im Kreis drehende Variante des Bestehenden ist. Die Vorlagen werden vom Politischen Ausschuss der IP Schweiz beurteilt. Die Verantwortlichen für diese Ausgabe sind: Cécile Cassini, Monique Centeno, Jakob Elmer, Urs Haller, Remy Holenstein, Margreth Schmutz und Gary Zemp.

Das Ergebnis dieses Ermitteln findet Ausdruck in einer integralen Abstimmungsempfehlung, die dann ihre gewünschte Wirkung erzielt, wenn die Leserinnen und Leser sich animiert fühlen, mit ähnlichen, visionsorientierten Überlegungen zu ihrem je eigenen Ergebnis zu kommen. Das Ziel einer integralen Position ist es nicht, Recht zu haben, sondern die Menschen zu mehr Bewusstheit zu führen.